

Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin 1991/1992	181
Maastricht: Ausblendung Osteuropas ein Fehler ..	188
Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland	194
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG WOCHENBERICHT 15/92

Berlin

9. April 1992

2. Ex.

59. Jahrgang

Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin 1991/1992

Auch 1991 war die wirtschaftliche Entwicklung in den beiden Teilen Berlins sehr unterschiedlich. Im Osten der Stadt wurde das Bild von der Umstellungskrise geprägt, Produktion und Beschäftigung gingen weiter zurück. Im Westteil nahmen Leistung und Beschäftigung abermals deutlich zu, die Zuwachsraten lagen weit über dem Durchschnitt der alten Bundesländer.

Das Wachstumstempo in West-Berlin verliert nun an Fahrt. Die reale wirtschaftliche Leistung dürfte 1992 um 2 vH höher sein als im Vorjahr, nach 6 vH im Jahr 1991. Im Ostteil der Stadt wird die Produktion, von dem niedrigen Niveau aus, anziehen und um rund 10 vH über dem Vorjahresergebnis liegen. Insgesamt errechnet sich für die Stadt ein Leistungszuwachs von 3 ½ vH. Die Beschäftigungsprobleme werden sich in beiden Teilen Berlins verschärfen.

Große wirtschaftliche Diskrepanzen zwischen Ost- und West-Berlin

1991, dem zweiten Jahr nach dem Fall der Mauer, hat die West-Berliner Wirtschaft stark expandiert. Sie profitierte einmal von der neuen Situation in der Stadt und von den staatlichen Transfers aus Westdeutschland. Das reale Bruttoinlandsprodukt war 1991 um 6 vH höher als im vorausgegangenen Jahr. In den alten Bundesländern betrug der Zuwachs 3,5 vH. Fast alle Zweige des Unternehmenssektors haben am starken Wachstum teilgenommen, lediglich für den Verkehrsbereich und das Gastgewerbe ergaben sich kaum Zuwächse. In Ost-Berlin ist die wirtschaftliche Leistung im Zuge der Umstrukturierung weiter geschrumpft. Die Wirtschaftskraft liegt weit hinter der West-Berlins zurück. In den östlichen Bezirken beträgt das Bruttosozialprodukt je Einwohner 16 000 DM¹, der entsprechende Wert ist in Berlin-West um das Zweieinhalbfache größer.

Verarbeitendes Gewerbe

Starkes Wachstum im Westen ...

Die Industrie im Westteil der Stadt hat auch 1991 die Produktion viel stärker als das westdeutsche verarbeitende

Gewerbe ausweiten können. Die Unternehmen konnten wiederum in überdurchschnittlichem Maße von der Nachfrage aus Ostdeutschland Nutzen ziehen. Sie haben Vorteile durch die Nähe zu den neuen Absatzmärkten, zudem kommt die Produktpalette der West-Berliner Industrie besonders stark der aktuellen Nachfrage aus Ostdeutschland entgegen.

So konnte die West-Berliner chemische Industrie, deren Schwerpunkt auf der Herstellung von Pharmazeutika liegt, enorme Produktionszuwächse verbuchen. Auch die anderen wichtigen Erzeugnisse der Branche — Körperpflegemittel sowie Lacke und Farben — wurden stark nachgefragt. Die früher wenig expansive Elektroindustrie hat ihre Leistung ebenfalls weiter deutlich steigern können — vor allem deswegen, weil die in West-Berlin traditionell stark vertretene Nachrichtentechnik kräftige Impulse vom Infrastrukturausbau in Ostdeutschland erhält. Auch einige Konsumgüter produzierende Sparten der West-Berliner Elektroindustrie konnten kräftig expandieren. Das außerordentlich starke Produktionswachstum wurde in diesem Industriezweig allein durch höhere Kapazitätsauslastung

¹ Schätzung des DIW.

Tabelle 1

**Auftragseingang, Nettoproduktion und Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes
in West-Berlin und in den alten Bundesländern¹⁾**
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾		Chemie		Maschinenbau		Elektrotechnik		Verbrauchsgüter-gewerbe		Nahrungs- und Genußmittel	
	West-Berlin	alte Bundes-länder	West-Berlin	alte Bundes-länder	West-Berlin	alte Bundes-länder	West-Berlin	alte Bundes-länder	West-Berlin	alte Bundes-länder	West-Berlin	alte Bundes-länder
Auftragseingang ³⁾												
1990	8,4	4,4	35,6	3,1	1,1	0,0	-1,6	7,2	9,3	6,8	.	.
1. Vj.	0,5	5,0	19,2	4,8	10,8	4,6	-0,9	6,9	4,4	6,0	.	.
2. Vj.	4,8	-0,1	11,4	-1,1	-15,6	-5,1	5,8	4,7	3,3	1,1	.	.
3. Vj.	29,8	7,4	92,8	5,8	6,9	-0,3	-1,3	10,3	16,8	8,7	.	.
4. Vj.	0,6	4,4	23,3	3,2	3,3	1,0	-8,4	6,4	12,6	10,8	.	.
1991	5,8	0,4	-0,4	1,8	2,9	-8,2	17,2	1,5	8,3	2,5	.	.
1. Vj.	6,2	3,0	2,5	0,9	-14,1	-10,5	8,4	5,6	16,8	6,3	.	.
2. Vj.	15,0	2,9	10,3	4,4	15,1	-6,7	25,3	5,6	18,3	6,6	.	.
3. Vj.	-7,0	-0,7	-22,0	1,7	8,4	-7,9	23,5	1,4	1,7	2,0	.	.
4. Vj.	11,4	-3,3	19,8	0,4	6,6	-7,5	13,0	-5,6	-2,2	-4,5	.	.
Nettoproduktion ⁴⁾												
1990	8,4	5,5	9,2	2,7	3,7	6,4	3,8	5,7	12,0	6,3	11,9	12,7
1. Vj.	3,7	6,1	5,1	1,8	11,4	10,0	-2,4	7,7	8,3	5,5	4,0	5,7
2. Vj.	7,3	4,1	8,8	1,0	8,0	7,1	-0,6	4,5	10,6	4,3	11,3	8,0
3. Vj.	13,9	6,0	12,7	3,8	2,7	5,2	10,9	5,9	17,3	6,8	17,6	17,9
4. Vj.	8,6	5,8	10,2	4,2	-3,1	4,0	8,0	4,9	12,0	8,4	14,3	18,2
1991	8,6	3,2	12,3	1,9	x ⁵⁾	-2,3	11,8	4,7	5,2	5,1	9,2	8,3
1. Vj.	13,3	5,1	17,2	3,4	x ⁵⁾	0,5	12,3	5,6	13,6	7,4	20,4	19,8
2. Vj.	19,3	6,0	19,3	3,4	x ⁵⁾	-0,6	17,8	7,0	15,3	7,5	18,9	15,8
3. Vj.	2,4	2,3	3,3	1,9	x ⁵⁾	-2,0	14,5	3,9	-2,4	4,2	2,2	4,2
4. Vj.	0,5	-0,2	9,7	-1,1	x ⁵⁾	-6,2	3,5	2,5	-4,2	1,4	-2,6	-2,5
Beschäftigte												
1990	3,5	3,0	3,7	1,6	6,2	5,3	1,2	2,5	7,3	2,7	6,0	5,3
1. Vj.	1,7	3,0	2,7	1,8	6,1	5,8	-0,2	2,4	5,5	2,6	1,0	3,3
2. Vj.	2,7	3,0	3,3	1,9	7,1	5,8	0,5	2,6	6,4	2,8	2,9	3,8
3. Vj.	4,6	2,9	3,7	1,4	6,6	5,2	2,0	2,4	7,9	2,6	8,4	5,9
4. Vj.	5,0	2,9	5,1	1,1	5,1	4,4	2,3	2,7	9,3	3,1	11,8	8,2
1991	2,6	1,5	5,9	1,0	3,9	1,0	-0,8	1,3	7,4	2,4	7,6	6,4
1. Vj.	5,3	2,7	5,9	1,4	6,1	3,1	1,7	2,9	11,7	3,2	13,7	8,9
2. Vj.	3,9	2,2	7,7	1,6	5,3	1,9	0,0	2,0	10,4	3,1	10,9	8,3
3. Vj.	1,5	1,2	6,3	0,8	3,1	0,1	-1,7	0,8	6,1	2,5	5,5	5,8
4. Vj.	-0,1	0,2	3,9	0,4	1,4	-1,1	-3,1	-0,5	1,7	1,0	1,1	3,0

¹⁾ Einschließlich West-Berlin. — ²⁾ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Auftragseingang ohne Nahrungs- und Genußmittel. — ³⁾ Preisbereinigt. Der Auftragseingang enthält nur Bestellungen von Fremdfirmen; unternehmensinterne Aufträge, die vor allem bei der Elektroindustrie und im Straßenfahrzeugbau eine Rolle spielen, werden nicht erfaßt. — ⁴⁾ Arbeitstäglich. — ⁵⁾ Keine zuverlässigen Angaben verfügbar.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

bewältigt; zusätzliche Arbeitskräfte wurden nicht eingestellt. Auch das Nahrungs- und Genußmittel produzierende Gewerbe hatte im letzten Jahr erhebliche Zuwächse an Wertschöpfung und Beschäftigung, ebenso das von kleinen und mittelständischen Betrieben bestimmte Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe.

Im Verlauf des letzten Jahres hat sich die enorme Wachstumsdynamik in nahezu allen Bereichen der West-Berliner Industrie deutlich abgeschwächt. Die aktuelle Auftragslage läßt aber darauf schließen, daß im laufenden Jahr die Leistung der West-Berliner Industrie insgesamt noch etwas steigen wird. Die Zahl der Beschäftigten wird aber nicht

mehr zunehmen. Für die längerfristige Entwicklung der West-Berliner Industrie ist es entscheidend, daß ihre strukturellen Defizite behoben werden. Sie wurden durch die einigungsbedingte Expansion überdeckt.

... und Umstrukturierungskrise in Ost-Berlin

Ganz anders ist die Situation der Ost-Berliner Industrie. Nach den dramatischen Einbrüchen von 1990 ist die Produktion² im letzten Jahr kaum gestiegen. Zuwächse gab es im wesentlichen nur durch eine Belebung des Exportgeschäfts.

Der größte Teil der verbliebenen 60 000 Industriearbeitsplätze ist noch im Besitz der Treuhandanstalt. Diese sind in der Regel nicht wettbewerbsfähig — wie eine Erhebung des DIW im Herbst letzten Jahres gezeigt hat³. Einige Unternehmen werden sicherlich noch einen Käufer finden, bei den übrigen ist die Zukunft immer noch ungewiß. Wieviele Betriebe verkauft, saniert oder noch geschlossen werden, läßt sich heute nicht einschätzen.

Auf jeden Fall ist damit zu rechnen, daß es auch im laufenden Jahr zu einem weiteren Personalabbau kommen wird. Viele Betriebe im Besitz der Treuhandanstalt haben nur mit hohen Verlusten und massiver Unterstützung (wie Bürgschaften für Liquiditätskredite) produzieren können. Ein Teil der unrentablen Fertigung wird sicherlich eingestellt. Die Auftragslage hat sich zum Jahresende zwar gebessert, das darf aber nicht als Zeichen einer nachhaltigen Erholung gedeutet werden. Die zusätzlichen Bestellungen kamen zum allergrößten Teil aus dem Ausland, insbesondere aus den GUS-Staaten. Die Liefermöglichkeiten nach dort werden aber immer unsicherer. Das trifft zwar die Industrie in Ost-Berlin nicht so sehr wie die anderer ostdeutscher Gebiete. Einige Unternehmen — wie große Maschinenbaubetriebe — hängen aber existentiell vom Handel mit den GUS-Staaten ab. Noch nicht abzusehen ist auch, in welchem Maße die Investitionen in die privatisierten Betriebe produktionswirksam werden und welche Leistungskraft die zahlreichen neugegründeten Unternehmen des produzierenden Handwerks entfalten werden.

Bauwirtschaft

West-Berliner Unternehmen im Boom ...

Die Baubetriebe im Berliner Westen verzeichnen seit 1989 einen enormen Aufschwung. Er hat sich im letzten Jahr noch beschleunigt. Besonders stark konnte das Ausbaugewerbe expandieren — dessen Leistung war 1991 um sage und schreibe ein Siebtel höher als im vorausgegangenen Jahr. Auch das Bauhauptgewerbe boomt; nachdem im letzten Jahr die Produktion zunächst, nicht zuletzt witterungsbedingt, nur zögernd wuchs, gewann sie in der

zweiten Jahreshälfte zunehmend an Tempo. Obwohl im Jahresverlauf immer mehr Überstunden anfielen, haben sich die Auftragsbestände ständig erhöht. Die Kapazitätsgrenze dürfte in großen Teilen des Bauhauptgewerbes erreicht sein. Das Bauhauptgewerbe hatte Anfang 1992 einen Auftragsüberhang, der um rund 50 vH höher war als vor Jahresfrist. Im Zuge der starken Bautätigkeit wurde im letzten Jahr auch die Beschäftigung kräftig ausgeweitet — im Bauhauptgewerbe um 8 vH und im Ausbaugewerbe um reichlich 10 vH. Der zusätzliche Personalbedarf ist fast ausschließlich durch Arbeitskräfte aus dem Berliner Osten und dem Umland gedeckt worden.

Die sehr gute Baukonjunktur wird vor allem vom Gewerbebau und vom öffentlichen Tiefbau getragen. Hier haben die West-Berliner Firmen auch erheblich von der Nachfrage aus Brandenburg profitiert. Tiefbau und Gewerbebau werden auch im laufenden Jahr der Wachstumsmotor sein. So deckten bereits zu Jahresbeginn die Bestellungen für den Gewerbebau — gemessen an den Umsätzen von 1991 — die Bauproduktion von acht Monaten ab. Für den Tiefbau lassen die Planungen der Auftraggeber ebenfalls einen deutlichen Produktionsanstieg erwarten.

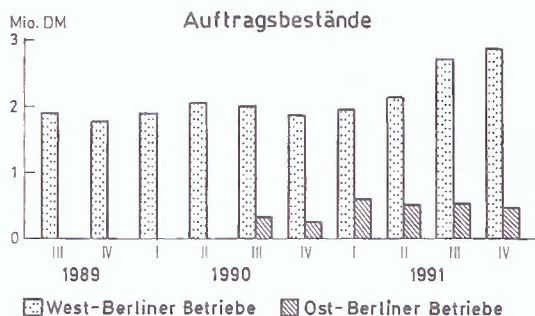
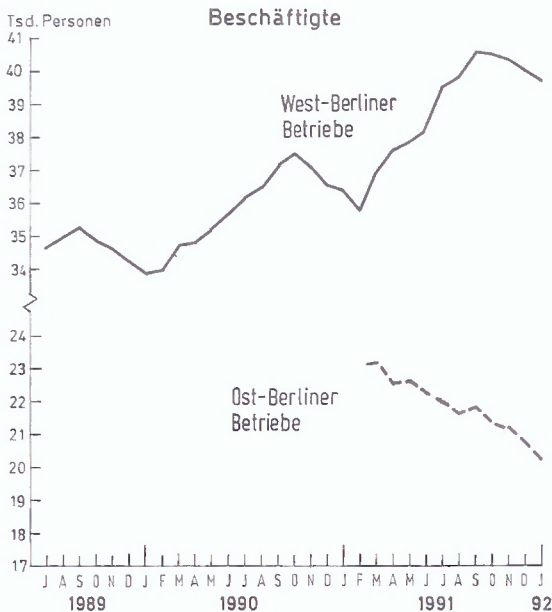
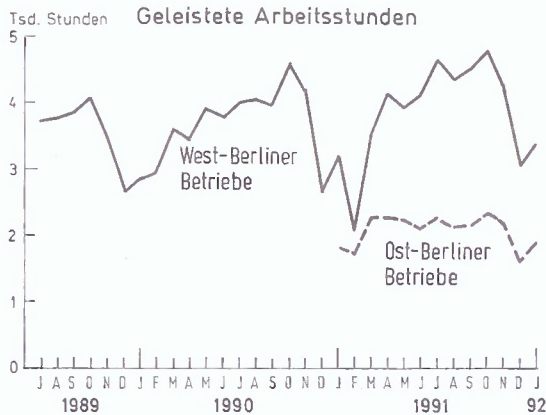
Vom Wohnungsbau gingen im letzten Jahr insgesamt nur vergleichsweise geringe Impulse für das West-Berliner Bauhauptgewerbe aus. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in West-Berlin ist indes erstmals seit mehreren Jahren wieder gestiegen. Der Bestand an Orders und die Baugenehmigungen lassen einen weiteren Produktionsanstieg erwarten. Hinzu kommt, daß im öffentlich geförderten Wohnungsbauprogramm von 1991 mehr Baumaßnahmen als im vorangegangenen Programm bewilligt wurden⁴. Wegen des Planungsvorlaufs werden sie aber frühestens Ende dieses Jahres zu Aufträgen führen. Etwas gedämpft wird der Bauboom wieder durch eine rückläufige Produktion von öffentlichen Hochbauten.

² Es gibt für Ost-Berlin noch nicht die einschlägigen amtlichen Statistiken zur Entwicklung der Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe. Man kann nur anhand der Angaben über die Umsätze und die Produktionswerte auf die wirtschaftliche Leistung schließen.

³ Das DIW hat in dieser Zeit eine Unternehmensbefragung in der Industrie der neuen Bundesländer und Ost-Berlins durchgeführt. An der Befragung beteiligten sich auch 81 Unternehmen aus Ost-Berlin, die Ende Juni 1991 86 000 Beschäftigte hatten — das waren reichlich 80 vH aller Erwerbstätigen in der Ost-Berliner Industrie. Die Sonderauswertung für Ost-Berlin ergab, daß von den Treuhandbetrieben nach deren eigener Einschätzung, bezogen auf die Zahl der Beschäftigten, 94 vH nicht wettbewerbsfähig sind.

⁴ Im Wohnungsbauprogramm 1991 wurden bis Ende März dieses Jahres 11 000 Wohneinheiten bewilligt; im Wohnungsbauprogramm 1990 waren es 8 500. Geplant war für 1991 aber, den Bau von 12 000 Wohnungen zu fördern; unter den Erwartungen blieben insbesondere die Bewilligungen bei den Eigentumsmaßnahmen.

GELEISTETE ARBEITSSTUNDEN, BESCHÄFTIGTE UND AUFTRAGSBESTÄNDE IM BERLINER BAUHAUPTGEWERBE



Quelle: Statistisches Landesamt Berlin.

DIW 92

... und noch große Probleme bei den Ost-Berliner Firmen

Die Umstrukturierung der Bauwirtschaft im Berliner Osten ist im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen weit

vorangekommen. Der größte Teil der staatseigenen Betriebe wurde inzwischen privatisiert. Es wird sich förderlich für den Wettbewerb in der Stadt auswirken, daß westliche Investoren, die bisher nicht auf dem Berliner Baumarkt präsent waren, Betriebe von der Treuhandanstalt übernommen haben. Dazu zählen Firmen aus Frankreich, Finnland und Österreich. Hinzu kommt, daß nach der „Wende“ zahlreiche neue Betriebe gegründet wurden.

Die Produktion des Ost-Berliner Bauhauptgewerbes hat im Verlauf des letzten Jahres kaum zugenommen. Die Auftragsdecke ist weiterhin sehr dünn. Viele Betriebe, insbesondere die kleinen privaten und die Betriebe in Treuhandbesitz, müssen sich im Marktverhalten noch auf die neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einstellen. Generell müssen die Ost-Berliner Baubetriebe ihre Produktivität erhöhen. Es wird geschätzt, daß die Betriebe im Berliner Osten 1991 indes 75 vH der Produktivität der West-Berliner erreichten⁵. Dies reichte nicht aus, um die extrem starken Tariflohnsteigerungen (1991: 40 vH auf 85 vH des West-Berliner Lohnniveaus) auszugleichen. Nicht wenige, namentlich die Treuhandbetriebe, dürften nicht kostendeckende Bauleistungen angeboten haben, um überhaupt produzieren zu können. Auch bei den kleinen Handwerksbetrieben und den vom Management übernommenen früheren Treuhandfirmen dürfte die Umstellung noch nicht soweit gelungen sein, daß sie bereits Gewinne erwirtschaften.

Nach wie vor Probleme bereitet den Ost-Berliner Betrieben der Zugang zum Markt. Sie haben zwar beim Gewerbebau einen erheblichen Marktanteil gewonnen, können aber an öffentlichen Baumaßnahmen bisher kaum partizipieren.

Besser war hingegen die Entwicklung der — in aller Regel privaten oder genossenschaftlichen — Ausbaubetriebe des Berliner Ostens. Die Produktion zog zum Jahresende hin kräftig an. Weil die Ausbaubetriebe im wesentlichen von Kleinaufträgen leben, haben sie weniger Schwierigkeiten bei der Preiskalkulation und organisatorischen Abwicklung von Bauvorhaben als die Firmen des Bauhauptgewerbes.

Handel und Dienstleistungen

Hohes Leistungsniveau im Berliner Westen ...

Der West-Berliner Handel hat auch 1991 kräftig von den Käufen Ost-Berliner und Auswärtiger profitieren können. Wie nicht anders zu erwarten, gingen aber im Laufe des letzten Jahres die nach der Maueröffnung abrupt gestiegenen Umsätze mehr und mehr zurück. Die Wirtschaftsleistung ist real aber immer noch um ein Drittel höher als vor

⁵ Vgl.: Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg: Bauwirtschaft/Bauwirtschaftlicher Rückblick auf das Jahr 1991 und Prognose für das Jahr 1992, S. 36 ff. (als Manuskript veröffentlicht).

dem Zusammenbruch der DDR. West-Berlin ist immer noch ein attraktiver Einkaufsort für die Bevölkerung aus dem Berliner Osten und Umland; besonders die Einkaufstraßen mit ihrem breiten Angebot an Kaufhäusern und Läden üben eine starke Anziehungskraft aus.

Freilich ist nicht zu verkennen, daß sich mit der Modernisierung und dem Neubau von Geschäften in den östlichen Bezirken der Stadt und in ihrer Umgebung Nachfrage nach dort verlagert. Das zeigt sich bereits deutlich beim Handel mit Lebensmitteln und beim Kraftfahrzeuggewerbe. Umsatzrückgänge in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wurden auch im Geschäft mit langlebigen Konsumgütern verbucht. Sehr stark waren sie bei Elektroartikeln. Die Käufer aus Ost-Berlin und dem Einzugsbereich der Stadt haben den Nachholbedarf an solchen Gütern zu einem großen Teil in West-Berlin befriedigt. Hinzu kommt, daß sie ihre Käufe immer mehr aus den laufenden Einkommen finanzieren müssen. Diese sind zwar im vergangenen Jahr kräftig gestiegen, allerdings hat sich mit der drastischen Erhöhung der Mieten und Mietnebenkosten die Struktur der Ausgaben stark geändert.

Gedämpft wird 1992 die Entwicklung des Handels auch durch den Kaufkraftverlust der West-Berliner. Zu der Teuerung kommt in West-Berlin der Abbau der Arbeitnehmerzulage hinzu. Diese Belastungen werden in der Summe nicht durch die Erhöhung der tariflichen Erwerbseinkommen ausgeglichen, die Kaufkraft wird weiter sinken — in jedem Fall bei den Arbeitnehmerhaushalten.

Die Unternehmen des Dienstleistungssektors in West-Berlin steigerten 1991 ihre Wertschöpfung um 5 vH. In den einzelnen Bereichen war der Wirtschaftsverlauf allerdings unterschiedlich. Besonders stark konnten die unternehmensnahen Dienstleister expandieren⁶, im Hotel- und

Gaststättengewerbe indes stagnierte die Leistung nahezu. Die Zahl der Übernachtungen im Beherbergungsgewerbe war 1991 deutlich kleiner als im vorhergehenden Jahr. Politik und Verbände nahmen das kürzlich zum Anlaß, vom Senat eine Verstärkung der Tourismuswerbung zu fordern. Dabei ist aber zu bedenken, daß man die Übernachtungszahlen im letzten Jahr nicht an denen von 1990, dem Jahr nach der Maueröffnung und der deutschen Einheit mit dem außergewöhnlich starken Tourismus, messen darf. Nimmt man 1989 zum Maßstab, dann gab es im vergangenen Jahr einen Zuwachs an Übernachtungen. Die Bettenkapazität war in West-Berlin 1991 immer noch so stark wie in keinem anderen alten Bundesland ausgelastet, außerdem haben die Beherbergungsunternehmen die geringere Zahl von Übernachtungen durch höhere Preise mehr als ausgeglichen.

... und Belebung im Ostteil der Stadt

Die wirtschaftliche Entwicklung von Handel, Verkehr und privatem Dienstleistungssektor in Ost-Berlin ist schwer zu überschauen; es gibt nur vereinzelte Informationen. Die Gewerbemeldungen verweisen auf rege Gründungsaktivitäten. Besonders im Dienstleistungssektor wurden viele Unternehmen gegründet. 1991 verzeichneten die Ämter 22 300 Gewerbeanmeldungen, im Jahr davor waren es 23 700. Man muß bei diesen Zahlen berücksichtigen, daß Anmeldungen nicht immer die Ausübung eines Gewerbes folgt und daß sie auch Übernahmen enthalten. Wie bei einer Gründungswelle üblich, werden auch viele neue

⁶ Vgl.: Dienstleistungsstandort Berlin. Bearb.: Kurt Geppert. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9/1992.

Tabelle 2

Gewerbemeldungen in Ost-Berlin im Jahr 1991

Wirtschaftszweig	Gewerbeanmeldungen ¹⁾					Gewerbeabmeldungen ¹⁾				
	Jahr	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Jahr	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Land- und Forstwirtschaft	73	22	14	25	12	46	9	12	16	9
Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	1 206	292	289	353	272	583	146	148	164	125
Baugewerbe	1 055	223	264	337	231	262	45	61	99	57
Handel	8 402	1 993	2 508	2 216	1 685	2 261	4 93	502	651	615
Verkehr, Nachrichten	1 164	295	266	327	276	360	88	96	104	72
Kredit-, Versicherungsgewerbe	4 096	1 365	1 146	942	643	896	123	217	363	193
Sonstige Dienstleistungen	6 303	1 356	1 515	1 880	1 552	1 829	412	446	579	392
Insgesamt	22 299	5 546	6 002	6 080	4 671	6 237	1 316	1 482	1 976	1 463

¹⁾ Von Haupt- und Nebenniederlassungen. — ²⁾ Einschließlich Bergbau, Energie- und Wasserwirtschaft.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin.

Firmen nach kurzer Zeit wieder aufgegeben. Den Gewerbeanmeldungen steht eine immer größere Zahl von Abmeldungen gegenüber. Es wäre auch erstaunlich, wenn all die Betreiber von Videoshops, Getränkeläden und Imbissbuden ihr Auskommen finden würden.

Der Handel in Ost-Berlin ist völlig umstrukturiert worden. Westdeutsche Firmen haben Kaufhäuser und -hallen übernommen und zahlreiche Filialläden eröffnet. West-Berliner Firmen haben ihr Vertriebsnetz auf die östlichen Bezirke der Stadt ausgedehnt. Auch Kaufleute aus Ost-Berlin versuchen sich zu etablieren. Das Kredit- und Versicherungsgewerbe weitet ebenfalls sein Angebot im Berliner Osten stark aus. Die in Ost-Berlin angesiedelten zentralen Kredit- und Versicherungseinrichtungen der früheren DDR sind von westlichen Instituten übernommen worden. Auch die Hotels und große Teile des Gesundheitswesens sind inzwischen in privater Hand. All dieses läßt einen kräftigen Leistungsanstieg bei Handel und Dienstleistungen erwarten. Es gibt aber auch Probleme. So tun sich die produktionsnahen Dienstleister schwer, am Markt Fuß zu fassen, insbesondere die großen Firmen, die durch Ausgründungen aus ehemaligen Kombinat oder Behörden der DDR entstanden sind. Generell ist der Mangel an Gewerberäumen ein großes Wachstumshemmnis für Handel und Dienstleistungen.

Wachsende Probleme auf dem Arbeitsmarkt

Im Berliner Raum hat sich schnell ein einheitlicher Arbeitsmarkt herausgebildet. Viele Arbeitskräfte aus den östlichen Bezirken und aus Brandenburg haben im wirtschaftlich expandierenden Westen der Stadt eine Beschäftigung gefunden. Inzwischen dürften etwa 80 000 bis 90 000 Ost-Berliner und 40 000 bis 50 000 Pendler aus der näheren und weiteren Umgebung in West-Berlin arbeiten. Hier hat im letzten Jahr trotz des starken Beschäftigungsaufbaus — die Zahl der Erwerbstätigen war um reichlich 4 vH höher als 1990 (alte Bundesländer: 1,5 vH) — die Arbeitslosigkeit zugenommen. Durch schärferen Wettbewerb um Arbeitsplätze haben die Arbeitslosen in West-Berlin immer größere Schwierigkeiten, eine Beschäftigung zu finden; die Dauer der Arbeitslosigkeit wird länger. Besonders stark haben die Beschäftigungsprobleme unter den ausländischen Arbeitern zugenommen.

Ohne die Beschäftigungsmöglichkeiten im Berliner Westen — reichlich ein Zehntel der Ost-Berliner Erwerbspersonen hat hier eine Tätigkeit aufgenommen — wäre die Arbeitsmarktlage im Ostteil der Stadt noch viel schlechter. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat sich hier im Verlauf des letzten Jahres kräftig aufgebaut — von 67 000 auf 99 000. Die Zuwachsrate ist zwar etwas geringer als in den neuen Bundesländern, das Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist in Ost-Berlin allerdings deutlich höher als dort. In Ost-Berlin als Hauptstadt der zentralistisch organisierten DDR kam es mit der Auflösung großer Teile des Staatsapparates

schon 1990 zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Hier war Ende letzten Jahres ein Sechstel aller Erwerbspersonen⁷ arbeitslos gemeldet — in Ostdeutschland insgesamt war es weniger als ein Siebtel. Auf der anderen Seite ist die Zahl der Kurzarbeiter vergleichsweise klein; die Wirtschaftszweige, die in Ostdeutschland einen hohen Anteil an Kurzarbeitern an den Beschäftigten aufweisen, haben im Berliner Osten ein geringes Gewicht. Die Kurzarbeiterquote⁸ ist hier mit etwa 8 vH nur halb so groß wie in den neuen Bundesländern.

Die Zahlen geben nicht das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung wider. Neben Kurzarbeit wurde auch durch den massiven Einsatz anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für einen großen Teil der Ost-Berliner Erwerbspersonen die offene Arbeitslosigkeit vermieden. Die Zahl der Arbeitskräfte in Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und die derer, die Altersübergangsgeld oder Vorruhegeld beziehen, nahm im Verlauf des letzten Jahres stark zu und war mit rund 100 000 am Ende ebenso hoch wie die der Arbeitslosen. Ein Drittel der Ost-Berliner Arbeitskräfte war am Jahresende 1991 entweder arbeitslos, durch Maßnahmen der Arbeitsämter vor Arbeitslosigkeit bewahrt oder arbeitete kurz.

In diesem Jahr wird sich die Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt weiter verschlechtern. In West-Berlin wurden die Beschäftigungszuwächse schon im Laufe von 1991 immer schwächer, die Zahl der Erwerbstätigen wird 1992 allenfalls um 1,5 vH höher als im Vorjahr sein. In Ost-Berlin kam es bereits zum Jahresbeginn mit dem Auslaufen der speziell für Ost-Berlin und die neuen Länder geltenden Kurzarbeiterregelung zu starken Entlassungen. Knapp 30 000, d. h. zwei Dritteln aller Kurzarbeiter, wurde gekündigt. Entlassungen wird es noch im Zuge von Betriebsstillegungen, insbesondere im Bereich der Treuhandanstalt, geben; die Pläne lassen einen Verlust von mehr als 10 000 Arbeitsplätzen erwarten. Ein Personalabbau steht auch in privatisierten Unternehmen und in den Betrieben bevor, die die Treuhandanstalt sanieren will. Eine höhere — bisher nur schleppend vorangekommene — Ausschöpfung des Kontingents an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und eine mögliche Aufstockung arbeitsmarktpolitischer Mittel werden den Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit nur bremsen können.

Fazit

In diesem Jahr wird sich die Wirtschaft in beiden Teilen Berlins nicht mehr in entgegengesetzter Richtung entwickeln. Im Westteil der Stadt wird sich das Wachstum nach der außerordentlich starken Expansion in den letzten

⁷ Zivile Erwerbspersonen, d. h. Arbeitslose, abhängig Beschäftigte sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige nach dem Inlandskonzept, also ohne Pendler.

⁸ Anteil der Kurzarbeiter an der Zahl aller abhängig Beschäftigten.

Tabelle 3

Zur Entstehung des Sozialprodukts¹⁾ in West-Berlin
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Wirtschaftsbereiche	1990	1991 ²⁾	1992 ³⁾
Land- und Forstwirtschaft	4,3	4,1	3
Produzierendes Gewerbe	8,0	9,0	3,5
Energie, Wasserversorgung	1,3	4,9	2
Verarbeitendes Gewerbe	8,7	9,1	1,5
Baugewerbe	6,8	9,6	9
Handel und Verkehr	15,2	7,3	-5
Handel	19,7	11,0	-8
Verkehr, Nachrichten	5,8	0,5	2
Private Dienstleistungen	5,5	5,2	4
Staat, Org. o. Erw.zw.	1,7	1,7	1,5
Alle Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	6,8	6,0	2
Bruttoinlandsprodukt ⁵⁾	6,8	6,1	2

1) Zu Preisen von 1985. — 2) Teilweise geschätzt. —

3) Prognose. — 4) Unbereinigte Bruttowertschöpfung, d.h. einschließlich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen. — 5) Bereinigte Bruttowertschöpfung einschließlich nicht abzugsfähiger Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Statistisches Bundesamt; Schätzungen und Berechnung des DIW.

werden hier die Wirtschaftszweige des tertiären Sektors die Leistung erhöhen. Schwer einzuschätzen ist die nächste Zukunft der Industrie. Vorsichtig geschätzt wird die wirtschaftliche Leistung in Ost-Berlin 1992 um 10 vH größer als im letzten Jahr sein.

Die Politik der Stadt hat nur beschränkte Handlungsmöglichkeiten, um in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Wichtig ist vor allem, daß schnell viele Gewerbeflächen bereitgestellt werden. In letzter Zeit steigen die Mieten und Grundstückspreise stark, dadurch werden nicht wenige Gewerbetreibende in ihrer Existenz gefährdet. Der Senat hat im Bundesrat eine gesetzliche Regelung zur Begrenzung der Gewerbemieten angeregt; fraglich ist aber, ob eine Preiskontrolle ein praktikables und sinnvolles Instrument ist. Aussichtsreicher ist es, die Knappheit zu beseitigen.

In Ost-Berlin muß die Klärung von Eigentumsansprüchen an Grundstücken erheblich forciert werden. Berlin ist hier viel langsamer als die neuen Bundesländer vorangekommen — auch wenn man in Rechnung stellt, daß Berlin mit einer großen Zahl von schwer zu entscheidenden Ansprüchen auf Eigentumsübertragung konfrontiert ist. Es konnte bisher lediglich über 2,3 vH der Restitutionsansprüche entschieden werden. Die ungeklärten Eigentumsansprüche behindern Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wegen dieses Problems versuchen nicht wenige Investoren ins Umland auszuweichen.

zwei Jahren verringern; das Bruttoinlandsprodukt wird real um 2 vH höher sein als 1991 und damit voraussichtlich abermals das Ergebnis in Westdeutschland übertreffen. Die einzelnen Zweige der Wirtschaft in West-Berlin werden sich dabei sehr unterschiedlich entwickeln. Auf der einen Seite der Skala steht der Handel, der bei weitem nicht das gute Ergebnis vom Vorjahr wiederholen kann — auf der anderen Seite befindet sich die weiterhin boomende Bauwirtschaft. In Ost-Berlin wird — was die Wirtschaftsleistung, nicht aber was die Beschäftigungsprobleme anbelangt — die Talsohle durchschritten werden. Ganz eindeutig

Auch ist es äußerst dringlich, in der Stadt neue Gewerbegebiete, insbesondere in Ost-Berlin, auszuweisen. Insbesondere muß für die Bereitstellung von Industriegrundstücken gesorgt werden. Der Nachweis zusätzlicher Flächen an der Peripherie könnte auch das Preisniveau für Gewerbeflächen in den innerstädtischen Quartieren sinken lassen. Flächenextensives Gewerbe, wie das produzierende Handwerk oder die Industrie, hätte die Möglichkeit, in gering verdichtete Stadtgebiete zu ziehen und damit Platz für Dienstleistungsunternehmen zu schaffen, die generell wenig Raum für ihre Produktion benötigen.

Maastricht: Ausblendung Osteuropas ein Fehler

In Maastricht wurde die Vertiefung der Zwölfergemeinschaft zur Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen. Zugleich wurden den ärmeren EG-Ländern umfangreiche neue Finanzhilfen in Aussicht gestellt, die auch ihnen einen raschen Anschluß an die entscheidende dritte Stufe ermöglichen sollen. Kein Thema in Maastricht war eine erneute Erweiterung der Gemeinschaft. Neben einer Reihe westlicher Industrieländer streben auch Polen, Ungarn und die CSFR die Vollmitgliedschaft an. Andere östliche Bewerber werden folgen. Letztlich liegt die rechtzeitige Einbindung der mittel- und osteuropäischen Länder in den Integrationsprozeß im wohlverstandenen Eigeninteresse aller EG-Länder, auch der jetzigen „Nettoempfängerländer“. Die Gründe sind heute die gleichen wie vor der Süderweiterung: Stabilisierung der jungen Demokratie und Erweiterung des Marktes mit allen darin angelegten Entwicklungschancen für die Gemeinschaft insgesamt. Dies erfordert zunächst umfangreiche Hilfeleistungen auch und gerade an Mittel- und Osteuropa. Angesichts knapper Kassen wurden die Prioritäten in Maastricht zu einseitig gesetzt.

Mehr Mittel für die EG-interne Kohäsion

Am 7. Februar 1992 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der 12 EG-Mitgliedstaaten in Maastricht den im Rahmen zweier Regierungskonferenzen ausgehandelten Entwurf für einen „Vertrag über die Europäische Union“. Wirtschaftspolitisches Herzstück sind die Vereinbarungen zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis spätestens 1999. Die Vertragspartner waren sich bewußt, daß die mit diesem ehrgeizigen Ziel verbundenen Zwänge nicht von allen Mitgliedstaaten in gleicher Weise bewältigt werden können. Neben der Möglichkeit eines abgestuften Eintritts in die Endstufe der Währungsunion sieht der Vertragsentwurf daher vor, die Politik des „wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts“, die schon 1987, mit dem Wirksamwerden der Einheitlichen Europäischen Akte, im EWG-Vertrag verankert worden war, weiter auszubauen.

Zu diesem Zwecke ist u.a. vorgesehen, vor Ende nächsten Jahres einen „Kohäsionsfonds“ zu errichten. Grundsätzlich können daraus nur solche Mitgliedstaaten Mittel erhalten, deren Bruttoinlandsprodukt je Einwohner weniger als neun Zehntel des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt; das sind derzeit Griechenland, Portugal, Irland und Spanien.

Der Vertragstext schließt auch eine „Neuordnung“ der bestehenden drei Strukturfonds nicht aus, die vorrangig der finanziellen Begünstigung von Vorhaben in Regionen mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, hoher struktureller Arbeitslosigkeit und/oder überwiegend ländlichem Charakter dienen. Dies ist nach dem Zusatzprotokoll so zu verstehen, daß noch im laufenden Jahr zu prüfen sei, ob und in welchem Umfang die Strukturfonds, deren Ausstattung im Zuge der Umsetzung des ersten „Delors-Pakets“ bis 1993 gegenüber 1987 real verdoppelt sein wird, erneut einer Aufstockung bedürfen, damit die Gemeinschaft dem Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts im Vorfeld der Währungsunion auch wirklich näherkommt. Unterstützen sollen dies des weiteren eine noch stärkere Ausrichtung der Darlehnsvergabe der Europäischen Investitionsbank auf die Bedürfnisse der Peripherie und die Be-

seitigung „regressiver Elemente im derzeitigen System der Eigenmittel“¹.

Die Kommission hat ihre Vorstellungen von Umfang und Struktur der EG-Finzen für den Zeitraum 1993-97 bereits unterbreitet². Sie sind unter dem Titel „Delors-II-Paket“ bekannt geworden und sehen eine reale Steigerung der Gesamtausgaben um knapp ein Drittel vor. Aus Eigenmitteln der Gemeinschaft von 1,37 vH des Bruttosozialprodukts (derzeit 1,2 vH) soll 1997 ein Haushalt von, preisbereinigt und gemessen an den Verpflichtungsermächtigungen, etwa 88 Mrd. ECU finanziert werden. Vom Zuwachs entfällt allein die Hälfte auf die Strukturfonds und den neuen Kohäsionsfonds zusammengekommen. Für die vier Länder, die den Kohäsionsfonds in Anspruch nehmen können, soll sich der strukturellpolitisch begründete Mittelzufluß damit (gegenüber 1992) noch einmal verdoppeln³.

Bescheidene Zuschüsse für Mittel- und Osteuropa

Die neuen Haushaltsleitlinien enthalten auch Hilfen für Mittel- und Osteuropa (MOE-Staaten). Auf dem Weltwirtschaftsgipfel von Paris war die EG-Kommission Mitte Juli 1989 beauftragt worden, die westliche Hilfe für die östlichen Reformländer zu koordinieren. Die Gemeinschaft beteiligt sich daran — neben der Kapitalhilfe der Mitgliedstaaten und der Europäischen Investitionsbank — u. a. mit

¹ Sie ergeben sich daraus, daß die Verbrauchsquote und damit die Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer, bezogen auf das BIP, in den EG-Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen relativ hoch ist. Vgl. dazu EG-Kommission, Das System der Eigenmittel, Bericht der Kommission gemäß Artikel 10 des Beschlusses über die Eigenmittel, KOM (92) 81 endg., Brüssel, den 10. März 1992, S. 23 f.

² Von der Einheitlichen Akte zu der Zeit nach Maastricht: Ausreichende Mittel für unsere ehrgeizigen Ziele. Mitteilung der Kommission KOM (92) 2000, hier zitiert nach: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 1/92, S. 41. Auch: Die öffentlichen Finanzen der Gemeinschaft in der Zeit bis 1997. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. KOM (92) 2001 endg., Brüssel, den 10. März 1992.

³ Ebenda, S. 30.

Tabelle 1

Aktion PHARE — Mittelbereitstellung der EG 1990/91¹⁾
in Mill. ECU

	Landwirt- schaft	Industrie, Finanzen, KMU ⁴⁾	Umwelt- schutz	Erziehung	Soziales, Gesundheit	Humanitäre Hilfe	Infrastruktur, Sonstiges	Insgesamt
Albanien	—	—	—	—	—	10	1	11
Bulgarien	41	30	11	9	7,5	20	5	123,5
CSFR	—	39	35	10	15	—	31	130
DDR ²⁾	—	—	20	—	—	—	14	34
Jugoslawien ³⁾	—	35	—	6	—	8,5	—	49,5
Polen	117	128	57	31,1	41	—	10,5	384,6
Rumänien	34	—	—	10	29,4	56,6	31	161
Ungarn	33	95,3	37	24	3	—	20	212,3
Regionale Zusammen- arbeit, Verschiedenes	—	24,5	20	20,5	—	51	66,9	182,9
Insgesamt	225	351,8	180	110,6	95,9	146,1	179,4	1 288,8

1) Für 1992 sind — noch nicht aufgeschlüsselte — Mittel in Höhe von 1 Mrd. ECU vorgesehen. — 2) Bis zur Vereinigung. —

3) Von Herbst 1991 an ausgesetzt. — 4) Kleine und mittlere Unternehmen.

Quelle: EG-Kommission, XXIV. und XXV. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften.

ihrer Aktion PHARE⁴. Diese Aktion, zunächst auf Polen und Ungarn beschränkt, wurde Mitte 1990 auf die DDR, die CSFR, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien, später auch auf Albanien ausgeweitet. Die Zusagen insgesamt schlugen 1990 und 1991 mit 500 bzw. etwa 800 Mill. und schlugen 1992 mit gut 1 Mrd. ECU im Gemeinschaftshaushalt zu Buche (Tabelle 1).

Die Hilfe an die DDR wurde mit der deutschen Vereinigung gegenstandslos; an ihre Stelle trat schließlich eine Beteiligung der neuen Bundesländer an den Auszahlungen der EG-Strukturfonds — die zu diesem Zwecke eigens aufgefüllt wurden — in Höhe von rd. 3 Mrd. ECU für die Jahre 1991-93. Die Hilfe für Jugoslawien wurde mit dem Ausbruch der dortigen Krise ausgesetzt.

Auch für die Sowjetunion wurden Hilfemaßnahmen beschlossen. Der prekären Versorgungslage entsprechend bestanden sie zunächst aus einer Zusage für Nahrungsmittellieferungen und technische Hilfe zur Beschleunigung des Transformationsprozesses. Insgesamt hat die Gemeinschaft von September 1990 bis Ende Januar dieses Jahres den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gut 3 Mrd. ECU zugesagt. Die Hilfe verteilt sich über mehrere Jahre und umfaßt humanitäre und technische Hilfe sowie Kreditgarantien für Exporte. Sie fügt sich in das umfangreiche internationale Maßnahmenbündel (Tabelle 2), das die führenden Industrieländer (G7) Anfang April um eine weitere erhebliche Zahlungsbilanzhilfe aufgestockt haben. In diese Hilfe ist auch der Internationale Währungsfonds eingebunden, dem die GUS-Staaten in Kürze angehören dürften.

Im Unterschied zum Marshall-Plan der Nachkriegszeit, mit dem die USA dem zerstörten Westeuropa Wiederaufbauhilfe leisteten, ist das Gros der Hilfe an Osteuropa und die GUS-Länder rückzahlungspflichtig. Diese Mittel unterscheiden sich damit auch grundsätzlich von dem überwiegenden Teil der Strukturhilfe der Gemeinschaft an ihre eigenen Regionen bzw. Mitgliedstaaten mit Entwicklungsrückstand. Betrachtet man nur die unentgeltlichen Zuwendungen, so sieht das „Delors-II-Paket“ der EG eine reale Steigerung der außenpolitisch begründeten Haushaltsmittel bis 1997 im Vergleich zu 1992 um 75 vH vor. Unter der Annahme, daß sich dieser Zuwachs gleichmäßig auf die verschiedenen Verpflichtungen (u.a. Entwicklungshilfe, Zuschüsse für Mittelmeerländer) verteilt, errechnet sich ein Jahresbetrag 1997 für die mittel- und osteuropäischen Länder in Höhe von knapp 1,8 Mrd., für die GUS-Staaten von 700 Mill. ECU (Tabelle 3).

Rechnet man die derzeitigen wie die absehbaren Summen der gemeinschaftlichen Hilfen für die Rückstandsländer in der EG, Mittel- und Osteuropa sowie die GUS-Länder in Pro-Kopf-Beträge um, so ergeben sich vollkommen unterschiedliche Größenordnungen: Die ärmeren EG-Länder erhalten aus Brüsseler Kassen je Einwohner 15mal so viel unentgeltliche Hilfe wie die mittel- und osteuropäischen Länder und diese wiederum 8mal so viel wie die Nachfolgestaaten der UdSSR. Mißt man den Bedarf an Hilfe am relativen Entwicklungsstand, so müßten (mit Aus-

⁴ Polen-Ungarn, Hilfe zum Wiederaufbau der Wirtschaft.

Tabelle 2

Westliche Hilfe¹⁾ an die Nachfolgestaaten der UdSSR

	EG		Deutschland		Übrige EG-Länder		USA und Japan		Übrige		Insgesamt	
	Mrd. ECU	vH	Mrd. ECU	vH	Mrd. ECU	vH	Mrd. ECU	vH	Mrd. ECU	vH	Mrd. ECU	vH
Humanitäre Hilfe ²⁾	0,5	22,6	1,2	59,2	0,1	3,0	0,2	11,3	0,1	3,9	2,0	100,0
Zahlungsbilanzkredite	0,0	0,0	4,5	67,6	1,4	21,2	0,0	0,0	0,7	11,1	6,7	100,0
Exportkredite und Garantien	1,8 ³⁾	5,8	11,5 ³⁾	38,1	6,9 ³⁾	23,0	4,9 ⁴⁾	16,3	5,1	16,8	30,2	100,0
Sonstige Kredite	0,0	0,0	8,4	95,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	4,2	8,8	100,0
Truppenabzug	0,0	0,0	8,4 ⁵⁾	96,6	0,0	0,0	0,3	3,4	0,0	0,0	8,7	100,0
Technische Hilfe	0,9	61,9	0,2	13,8	0,1	8,0	0,1	6,4	0,1	9,9	1,4	100,0
Sonstige	0,0	0,0	1,7	35,7	0,0	0,0	0,0	0,0	3,0	64,3	4,7	100,0
Insgesamt	3,1	4,9	35,9	57,4	8,5	13,7	5,5	8,9	9,4	15,1	62,4	100,0

¹⁾ Zusagen öffentlicher Geber von September 1990 bis Januar 1992. — ²⁾ Nicht rückzahlbar. — ³⁾ Darunter insgesamt 2,3 Mrd. ECU Nahrungsmittelhilfe. — ⁴⁾ Darunter 3 Mrd. ECU Nahrungsmittelhilfe. — ⁵⁾ Darunter 3,8 Mrd. ECU für Wohnungsbau.
Quelle: Assistance to the Independent States (ex-USSR), internes EG-Papier, Brüssel, 20.01.92.

nahme der CSFR) die mittel- und osteuropäischen Länder dagegen mehr bekommen als die ärmeren EG-Länder (Tabelle 4). Bedenkt man, daß das reale Bruttoinlandsprodukt in Mittel- und Osteuropa 1990 und 1991 zum Teil drastisch

gesunken ist, während es in Spanien, Irland und Portugal deutlich bis kräftig wuchs und in Griechenland zumindest konstant blieb, so wird klar, daß sich der Abstand noch vergrößert hat.

Tabelle 3

Unentgeltliche Hilfe aus EG-Haushaltsmitteln und Darlehen der EG zur wirtschaftlichen Entwicklung an eigene strukturschwache Länder sowie an Mittel- und Osteuropa

	Mrd. ECU			ECU je Einwohner ²⁾	
	1991	1992	1997 ¹⁾	1992	1997 ¹⁾
Strukturhilfe ³⁾ an EG-Länder insg. dar.: 4 periphere Länder ⁵⁾	14,4 7,9 ⁶⁾	17,6 9,7 ⁶⁾	27,7 ⁴⁾ 19,4 ⁷⁾	54,1 155,9	85,2 311,8
Hilfe an MOE-Länder UdSSR(-Nachf.)	0,8 ⁸⁾ 0,4	1,0 (0,4)	1,8 0,7	10,7 1,4	18,7 2,4
Darlehen ⁹⁾ an EG-Länder insg. dar.: 4 periph. Länder	14,4 6,0	. .	. .	. .	. .
Darlehen an Osteuropa	0,3 ¹⁰⁾	.	.	.	.

¹⁾ Zu Preisen von 1992. — ²⁾ Einwohnerzahl von 1989. — ³⁾ Mittel der drei Strukturfonds (Verpflichtungsermächtigungen). Für 1997 einschl. des neu zu schaffenden Kohäsionsfonds. — ⁴⁾ Entsprechend dem Zuwachs für Strukturmittel nach dem Delors-II-Paket geschätzt. — ⁵⁾ Griechenland, Irland, Portugal, Spanien. — ⁶⁾ Nach dem Anteil für 1990 (55 vH) geschätzt. — ⁷⁾ Für die 4 peripheren Länder ist im Delors-II-Paket einschl. Kohäsionsfonds eine reale Verdoppelung gegenüber 1992 vorgesehen. — ⁸⁾ Einschl. geringfügiger, z.T. gesperrter Beträge für Albanien und Jugoslawien. — ⁹⁾ EIB und Neues Gemeinschaftsinstrument (NGI). — ¹⁰⁾ Jahrestanche innerhalb eines Rahmens von 1 Mrd. ECU für Polen und Ungarn (1990 — 1993) sowie 0,7 Mrd. ECU für CSFR, Bulgarien, Rumänien (1991 — 1993).

Quellen: OECD, Reforming the Economies of Central and Eastern Europe, Paris 1992; EG-Kommission, XXV. Gesamtbericht; dieselbe, Jahresbericht über die Durchführung der Strukturfondsreform 1990, KOM (91) 400 endg.; dieselbe, Delors-II-Paket; EIB-Informationen Nr. 70/1991; Schätzungen des DIW.

Tabelle 4
Einkommensvergleich EG-Mittel-/Osteuropa

	Pro-Kopf-Einkommen 1989 ¹⁾ 1000 \$ EG(12) = 100		Reale BIP- Veränderung 1991/89 ²⁾ in vH
EG (12)	14,2	100,0	+ 3,0
4 periphere EG-Länder	9,4	66,2	+ 5,2
Griechenland	6,9	48,6	+ 1,5
Irland	9,2	64,8	+ 4,6
Portugal	7,5	52,8	+ 7,1
Spanien	10,6	74,6	+ 5,5
MOE-Staaten	5,5	38,7	- 17,2
Bulgarien	5,7	40,1	- 30,9
CSFR	7,9	55,6	- 11,0
Ungarn	6,1	43,0	- 11,7
Polen	4,6	32,4	- 19,0
Rumänien	3,4	23,9	- 18,6
UdSSR	6,5	45,8	- 16,0

1) In Kaufkraftparitäten zu laufenden Preisen auf Basis des Bruttoinlandsprodukts. — 2) Bulgarien, CSFR, UdSSR: Materielle Nettoproduktion statt BIP.

Quellen: OECD, Reforming the Economies of Central and Eastern Europe, Paris 1992, S. 16 u. 23; Grundlinien der Weltwirtschaftsentwicklung 1992, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1992.

Differenzierung berechtigt

Es ist zu fragen, worin die Unterschiede in der Hilfsbereitschaft der Europäischen Gemeinschaft begründet sind und ob sie der heutigen Konstellation in Europa entsprechen.

Vor allem folgende Argumente werden geltend gemacht:

- Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion bieten in Anbetracht der Konzeptionslosigkeit ihrer Reformbemühungen noch keine Gewähr für einen sinnvollen und effizienten Einsatz von unentgeltlichen Hilfen im großen Stil. Unter dem Disziplinierungszwang des Kapitaldienstes stehende Kredite sind die angemessene Form des Hilfeangebots. Gerade dieser Ländergruppe gegenüber hat zudem nach dem Wegfall der militärischen Bedrohung die gesamte westliche Staatengemeinschaft und weniger die EG Grund zu gebündelter Hilfeleistung, zumal die Dimension des Transformations- und Entwicklungsproblems selbst die Wirtschaftskraft einer Europäischen Gemeinschaft überfordern würde. Andererseits sind viele GUS-Staaten reich an Rohstoffen, und es darf damit gerechnet werden, daß unter gün-

stigen Rahmenbedingungen, für die die Länder selbst verantwortlich sind, sowohl genügend Privatkapital ins Land strömt als auch endogene Kräfte zur Entfaltung der Exporte beitragen werden.

- Die Absorptionskraft der mittel- und osteuropäischen Länder für Kapital und unentgeltliche Aufbauhilfe ist noch begrenzt. Da sich diese Ländergruppe aber mehr und mehr der EG annähern will, hat die Gemeinschaft im Dezember vergangenen Jahres mit Polen, Ungarn und der CSFR — andere Staaten sollen folgen — Assoziierungsabkommen (Europa-Verträge) geschlossen. Diese Verträge bieten — zunächst einseitige — Handelsvorteile, die der Entwicklung im Prinzip förderlicher sind als finanzielle Hilfe, da sie deren Größenordnung rasch übersteigen können.
- Die hohen Beträge für die eigene Peripherie sind Ergebnis der Vollmitgliedschaft in der Solidargemeinschaft EG und gebieten sich nach deren Kohäsionsziel: Gemäß den Maastrichter Beschlüssen müssen die betroffenen Länder beschleunigt an die künftige Währungsunion herangeführt werden. Zudem handelt es sich um Bruttozahlungen, die z.T. von den begünstigten Ländern im Kontext des EG-Eigenmittelsystems mit aufgebracht werden.

Die Argumente, die die Länder der *ehemaligen Sowjetunion* betreffen, sind plausibel. In der Tat erreicht der Rahmen für Kreditzusagen der EG, ihrer Mitgliedstaaten und anderer Industrieländer mit etwa 60, demnächst vielleicht 80 Mrd. ECU schon eine beachtliche Größenordnung. Dabei kann die EG, die mit dem Unionsvertrag von Maastricht erst in Ansätzen eine eigene außenpolitische Identität gewinnen wird, anders als ihre Mitgliedstaaten, nur marginal tätig werden. So bringen die Mitgliedstaaten — mit einer Beteiligung von 80 vH allerdings vor allem Deutschland — 14mal so viel Hilfe auf wie die EG aus eigenen Mitteln, wenn man einmal alle Zusagen, von der unentgeltlichen Nothilfe über Zahlungsbilanz-, Export- und sonstige Kredite bis hin zur technischen Hilfe zusammennimmt. Die Hilfe der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten wiederum macht drei Viertel der gesamten westlichen Hilfe einschließlich derjenigen aus Japan und Südkorea aus. Es liegt auf der Hand, daß bei diesen Relationen nunmehr in erster Linie Japan und die USA gefordert sind. Aber auch innerhalb der EG müßten einige Länder, vor allem Großbritannien und Frankreich, ihren Beitrag zur Festigung des Reformprozesses in den Nachfolgestaaten der UdSSR erheblich steigern.

Weniger überzeugend ist die relative Zurückhaltung der EG bei ihren Hilfen an *Mittel- und Osteuropa*. Zwar gilt auch hier, daß das inzwischen auf alle dortigen Länder erweiterte Hilfe-Programm eine Angelegenheit aller 24 OECD-Länder ist. Die Gemeinschaft hat aber allen Grund, sich als solche besonders stark zu engagieren. Die Einbindung Mittel- und Osteuropas in den europäischen Binnenmarkt bedeutet für die derzeitigen Mitgliedstaaten ein erhebliches Markt- und Gewinnpotential. Ja, die Stabilität der Ge-

Tabelle 5

Auslandsschulden mittel- und osteuropäischer Länder und Portugals¹⁾
in Mill. US-\$

	Schuldenstand				1990		Neuverschuldung 1990		Zuschußelement der öffentl. Neuverschuldung 1990, in vH	Kapitaldienst/Exporte ³⁾
	1985	1989	1990	1991 ²⁾	öffentl. langfr. Kredite	Export-	brutto	netto		
Bulgarien	3 994	10 213	10 927	11 000	9 564	1 011	437	-929	0,0	16,7
CSFR	4 608	7 917	8 231	8 800	5 346	1 440	1 866	-381	0,4	10,4
Ungarn	13 955	20 390	21 316	19 700	18 046	1 363	2 746	-1 903	6,7	48,7
Polen	33 336	43 029	49 386	46 000	39 282	27 164	1 025	105	10,1	4,9
Rumänien	7 008	500	369	2 100	19	167	19	-161	55,2	0,4
Portugal	16 633	18 079	20 413	.	14 432	1 619	2 517	-30	15,1	17,8

1) Portugal wird in der Quelle zu den Entwicklungsländern gerechnet. Für Griechenland, Spanien und Irland liegen keine gleich abgegrenzten Informationen vor. — 2) Andere Abgrenzung. Die entsprechenden Werte für 1989 und 1990 weichen nur im Falle Rumäniens deutlich von den Weltbankangaben ab. — 3) Von Gütern und Diensten.
Quellen: Für 1985-90: The World Bank, World Debt Tables 1991-92, External Debt of Developing Countries, Vol. 2. Country Tables, Washington, D.C., 1991; für 1991: ECE, Economic Bulletin for Europe, Vol. 43 (1991), S. 105.

meinschaft selbst wird davon abhängen, ob es den östlichen Nachbarländern gelingt, die Transformation zu bewältigen und einen Exodus nach Westen zu verhindern. Das beste Mittel dazu ist Chancengleichheit bei Handel und Hilfe. Jeder europäische Staat hat das Recht, die volle Mitgliedschaft in der Gemeinschaft zu beantragen⁵. Die Voraussetzungen dafür — Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft — sind in den Reformstaaten inzwischen im Ansatz erfüllt. Ihre Verankerung steht freilich noch aus. Dazu muß die Gemeinschaft beitragen. Finanziell kann sie einmal den Kapitaldienst erleichtern, der vor allem in Ungarn die Exporterlöse schwer belastet (in Polen wird einerseits die Situation als Folge einer außergewöhnlichen Exportsteigerung geschönt, andererseits wird dem Land die Hälfte der öffentlichen Altschulden erlassen). In Bulgarien und der CSFR mußten noch 1990 die gesamten Neuschulden praktisch zu Marktkonditionen aufgenommen werden (Tabelle 5). Daneben sind Exportkredite, Infrastrukturprojekte und technische Hilfe sowohl für den Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen als auch zur Qualifizierung von Personal besonders wichtig.

Einen guten Rahmen für die Hilfe könnten die Europa-Verträge⁶ bieten. Die Gemeinschaft war in den Verhandlungen aber nur mit Widerstreben bereit, in den Präambeln die Beitrittsperspektive zu eröffnen. Zu festen Hilfezusagen im Rahmen eines Finanzprotokolls nach dem Muster des Lomé-Vertrages mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifischen Raums (AKP) konnte sie sich nicht verstehen. (Freilich bedeutet dies nicht, daß nach dem Auslaufen des PHARE-Programms Ende 1992 keine — autonome — Anschlußhilfe gewährt werden wird.) Einfuhrfreiheit für sensible Produkte wird sie erst von 1998 an vollständig gewähren. Die EG-Einfuhr von Agrarprodukten bleibt — bei einigen Zugeständnissen — auf absehbare

Zeit im Prinzip ganz dem Beschränkungsregime unterworfen. Vereinbarungen über die Freizügigkeit von Arbeitnehmern unterliegen nach wie vor der Kompetenz der Mitgliedstaaten; die vorgesehene Angleichung auf erhöhtem Niveau bleibt bescheiden und vage. Da es vor allem die weiterhin dem quantitativen Einfuhrschutz unterliegenden Produkte sind, bei denen die assoziierten Reformländer Wettbewerbsvorteile haben⁷, bleibt der entwicklungspolitische Beitrag der Europa-Verträge zunächst recht gering und kann die Finanzhilfe nicht ersetzen. Es bietet sich an, die finanzielle Hilfe in wenigen Jahren an die Größenordnung in der Kohäsionspolitik der Gemeinschaft heranzuführen. Gemessen daran ist der Betrag von etwa 2 Mrd. ECU, der sich nach der finanziellen Vorausschau für 1997 schätzen läßt, allzu wenig.

Demgegenüber kann die Ländergruppe *Portugal, Spanien, Griechenland und Irland* im gleichen Zeitraum mit einer Verdoppelung der Mittel auf 18 Mrd. ECU (zu Preisen von 1992) rechnen. Bereits zu Anfang der 90er Jahre dürften die Fondsauszahlungen an diese Ländergruppe zu etwa drei Vierteln reiner Nettozufluß gewesen sein⁸. Diese

⁵ Art. 237 EWG-Vertrag bzw. Art. O des Vertragsentwurfs über die Europäische Union.

⁶ Vgl. dazu Hans-Dieter Kuschel, Die Europaabkommen der EG mit Polen, Ungarn und der CSFR. In: Wirtschaftsdienst 1992/II, S. 93-100.

⁷ Vgl. Zu den Assoziationsverträgen der EG mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Bearb.: Uta Möbius. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/91, S. 704; auch: Uta Möbius, Europa-Verträge: Brüsseler Knauserigkeit: EG-Magazin Nr. 1/2, 1992, S. 41.

⁸ Dies wurde hier in der Weise grob geschätzt, daß für alle Mitgliedstaaten einheitlich eine Finanzierung des EG-Haushalts von 1,14 vH des BIP sowie ein BIP-proportionaler Rückfluß der Nicht-Fonds-Mittel unterstellt wurde.

Relation könnte sich weiter erhöhen, wenn den vier Ländern wie geplant auch von der Aufbringungsseite her Entlastung zuteil wird. Die EG-Kommission schätzt, daß die Zuflüsse aus den Strukturfonds das Wirtschaftswachstum derzeit um 0,2 (Spanien) bis 0,7 (Portugal) Prozentpunkte jährlich stimulieren⁹. Dieser Effekt soll sich im Laufe der Jahre steigern und 1993 schon von 1 (Spanien) bis 3 (Portugal) Prozentpunkten reichen.

Hohe Beitrittschürden für Mittel- und Osteuropa

So positiv diese Wirkung der Kohäsionspolitik zu bewerten ist: Es fragt sich, ob es angesichts knapper Kassen sinnvoll ist, die unentgeltliche Hilfe in den nächsten Jahren noch so stark zu steigern. Auf der einen Seite wäre eine Teilnahme etwa Griechenlands und Portugals an der Währungsunion ohnehin noch auf viele Jahre verfrüht. Auf der anderen Seite geht es in Osteuropa nicht um ein Mehr oder Weniger an Wachstum und Inflation, sondern um die Sicherung des politisch-ökonomischen Reformprozesses schlechthin.

Durch eine forcierte Kohäsionspolitik in der Zwölfergemeinschaft werden Gelder gebunden, die in Mittel- und Osteuropa in den nächsten Jahren dringender gebraucht werden könnten. Es wäre unklug, sich hier jedes finanziellen Spielraums zu begeben. Mit einer überstürzten Heranführung der peripheren EG-Länder an die Währungsunion werden neue Beitrittschürden für Mittel- und Osteuropa errichtet. Nicht nur werden diese Länder relativ stärker „abgehängt“, auch werden die „Nettofinanziers“ der Kohäsionspolitik die zu erwartenden Konsequenzen einer späteren Gleichbehandlung mit der jetzigen EG-Peripherie scheuen. Dagegen würde eine partielle Mittelum-schichtung zugunsten Mittel- und Osteuropas die Konvergenz von Süd und Ost schon bei „normal“ steigendem Ausgabenniveau fördern. Es ist zwar verständlich, wenn sich die Beitrittsländer der achtziger Jahre gegen eine solche Strategie sperren und im Hinblick auf die Beitrittskandidaten der neunziger Jahre auf ein ausgewogenes Verhältnis von Nettozahlern und -empfängern bedacht sind. Letztlich liegt die rechtzeitige Einbindung des Ostens in den europäischen Integrationsprozeß aber auch in ihrem wohlverstandenen Interesse. In Maastricht wurde jedoch nicht in der Perspektive einer nach Osten erweiterten EG verhandelt. Man wollte die Integration der Zwölf vorantreiben, ehe man sich weiteren Beitrittsanwärtern öffnet.

Nur gerade noch im Kreise der Zwölf glaubte man einen entscheidenden Schritt in Richtung auf eine Integrationsvertiefung mit hohem Anspruch tun zu können.

Politisch ist dies nur sehr unvollkommen gelungen. Im ökonomischen Bereich dagegen greifen die neuen Schritte außerordentlich weit aus. Es fragt sich, ob die politische Absicherung von Binnenmarkt und Währungsunion bereits trägt. Ökonomisch sind die zusätzlichen Impulse, die sich aus dem Wegfall von Umtauschgebühren und Kurssicherungskosten ergeben, nur von geringer Bedeutung¹⁰. Und die dynamischen Wirkungen auf Investition und Wachstum, von denen man sich mehr verspricht¹¹, werden mittelfristig davon abhängen, ob sich in der Währungsunion Inflation und Stabilisierungskrisen vermeiden lassen. Dies wäre im Kreis der fünf oder sechs preisstabilsten Länder wohl zu erreichen. Auch die künftigen Mitgliedstaaten Österreich und Schweden, vielleicht auch Finnland und die Schweiz, könnten im Zweifel beteiligt werden. Eine solche Gruppe sollte — ohne Einbindung der übrigen in die relevanten Entscheidungsprozesse — bei der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion voranschreiten.

In einer um Süd- und Osteuropa erweiterten Währungsunion wäre Stabilität dagegen entweder nicht garantiert, oder ihre Durchsetzung hätte u.U. in einigen der beteiligten Länder verheerende Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung. Diese Länder müssen daher — und zwar ohne Diskriminierung untereinander — im Rahmen einer lockereren Anbindung ihrer Währung nach Art des EWS Gelegenheit haben, Stabilität auch unabhängig vom Niveau der finanziellen Unterstützung „einzuüben“.

Andererseits wird die Währungsunion kaum benötigt, um die Politische Union voranzubringen. Jedenfalls dann nicht, wenn man darunter mehr versteht als die Zentralisierung wichtiger Entscheidungen. Eher dürfte in den Ländern, die unter dem politischen Druck der Mittelaufbringung stehen, die Akzeptanz der Politischen Union an der Basis gefährdet sein, wenn sie dort vor allem mit diesen Konsequenzen gleichgesetzt wird.

⁹ Kommission der EG, Jahresbericht über die Durchführung der Strukturfondsreform 1990. KOM (91) 400 endg., S. 27.

¹⁰ Sie liegen in der Größenordnung von 13—19 Mrd. ECU für die Gemeinschaft insgesamt, das sind 0,4 vH des EG-Sozialprodukts. Vgl. dazu Kommission der EG, Ein Markt, eine Währung. Potentielle Nutzen und Kosten der Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion — eine Bewertung. Europäische Wirtschaft, Nr. 44/1990, S. 75.

¹¹ Ebenda, S. 89 ff.

Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland

Bereits ein knappes Jahr nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zeichnete sich ein rascher Bedeutungszuwachs des tertiären Bereichs in der ostdeutschen Wirtschaft ab. Im März/April 1991 war etwa die Hälfte der in Ostdeutschland erwerbstätigen Personen im „Dienstleistungsbereich“ beschäftigt (1990: 43 vH). Gestiegen ist aber auch in diesem Sektor die Zahl der Arbeitsplätze nur in den bis dahin stark unterentwickelten, in westlichen Gesellschaften gewöhnlich privatwirtschaftlich organisierten Dienstleistungen. Bei den öffentlichen Arbeitgebern hatte der vergleichsweise geringe Beschäftigungsabbau zur Folge, daß ihr Anteil an den verbliebenen Beschäftigten zugenommen hat. Insgesamt ging die Entwicklung im Tertiären Sektor einher mit Anteilsverschiebungen zugunsten der Männer.

Der Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe nahm von 1990 auf 1991 deutlich ab. Bei diesem Wirtschaftsbereich sowie beim Staat, der Land- und Forstwirtschaft und dem Handel waren auch die Beschäftigtenabgänge in die Nichterwerbstätigkeit und in andere Wirtschaftsbereiche am höchsten.

Zur Datenbasis und Methodik

Gewöhnlich wird der Strukturwandel eines Landes anhand von aggregierten Makrodaten beschrieben. Ergänzend zu solchen Analysen wird in diesem Beitrag versucht, anhand von Mikrodaten aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) den Wandel der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur aus der Perspektive der dort Beschäftigten näher zu bestimmen (Querschnittvergleich)¹. Beim SOEP handelt es sich um eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die in Westdeutschland 1984 und in Ostdeutschland im Juni 1990 begonnen wurde und jährlich durchgeführt wird.

Basis der Untersuchung bilden die Angaben der Befragten zur Beschäftigung im Juni 1990 und März/April 1991. Die (hochgerechneten) Daten werden zunächst nach dem Inlandskonzept² abgegrenzt, sie enthalten also nicht die West-Pendler, die zwar in Ostdeutschland wohnen, aber in Westdeutschland oder West-Berlin arbeiten^{3,4}. In einem weiteren Schritt wird die Fluktuation der Beschäftigten zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen in den neuen Bundesländern untersucht. Eine solche Verlaufsbeurteilung ist nur mit Hilfe von Panel-Befragungen möglich, bei denen die einzelnen Beschäftigten über einen längeren Zeitraum in ihren Verhaltensweisen auf den Arbeitsmärkten beobachtet werden.

Die Ausweitung des Dienstleistungsbereichs milderte den Beschäftigungsabbau bei den Frauen

Eine Analyse der Beschäftigungsentwicklung nach dem Inlandskonzept ergibt, daß Frauen 1991 — verglichen mit dem Vorjahresstand — noch zu 84 vH und Männer zu 83 vH beschäftigt waren (vgl. Tabelle 1). Daß der Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland bei den Frauen nicht höher als bei den Männern war, ist auf einen Struktureffekt zurückzuführen: Die meisten Frauen waren im tertiären Sektor beschäftigt, hier hielt sich der Arbeitsplatzverlust insgesamt in engen Grenzen. Die wichtigsten Arbeitgeber waren die Gebietskörperschaften. Innerhalb des tertiären

Sektors entwickelte sich die Beschäftigung von Frauen aber ungünstiger als die der Männer.

Noch viel ausgeprägter war dies in der Warenproduktion. Der — ohnehin starke — Beschäftigungsabbau war bei Frauen fast durchweg deutlich größer als bei Männern. Am stärksten ins Gewicht fiel der Rückgang im Investitionsgüterbereich, wo 226 000 Frauen weniger beschäftigt waren als 1990. Eine Ausnahme bildete das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Hier übt jedoch ein großer Teil der Frauen Tätigkeiten aus, die nur geringe Qualifikationen erfordern. Insgesamt wurde von Juni 1990 auf März/April 1991 im verarbeitenden Gewerbe die Zahl der beschäftigten Frauen um rund 360 000 reduziert.

Berücksichtigt man auch die West-Pendler (Inländerkonzept), zeigt sich ein wesentlich ungünstigeres Bild für die Frauen als nach dem Inlandskonzept (vgl. Schaubild 1). Hierin drückt sich die Tatsache aus, daß überwiegend

¹ Diese Perspektive ergänzt die Analyse unternehmensbezogener Anpassungsprozesse, die vom DIW zusammen mit dem IfW, Kiel, durchgeführt wird. Vgl.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Fünfter Bericht. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 12-13/1992.

² Erfassung der Beschäftigten am Arbeitsort, nicht am Wohnort.

³ Das SOEP liefert für 1991 keine Informationen über die — quantitativ relativ geringe — Zahl der Auspendler aus Westdeutschland nach Ostdeutschland, die Zahl der Auspendler aus Ostdeutschland (West-Pendler) läßt sich dagegen mit Hilfe des SOEP gut bestimmen. Die Werte decken sich weitgehend mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen (vgl. Pendler und Migranten — Zur Arbeitskräftemobilität in Ostdeutschland. Bearb.: Wolfgang Scheremet und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/92, S. 21-26).

⁴ Ausführliche Analysen zur Beschäftigungsentwicklung insgesamt vgl. u.a. Holst, Elke und Jürgen Schupp (1991), Diskussionspapier Nr. 37 und Holst, Elke und Jürgen Schupp (1992): Frauenerwerbstätigkeit. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1991/92, Bonn (im Druck).

Die Untersuchungsergebnisse wurden mit den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verglichen; es zeigte sich in Niveau und Struktur der Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen eine hohe Übereinstimmung.

Tabelle 1

Erwerbstätige in Ostdeutschland¹⁾ nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Juni 1990			März/April 1991			Index (1991 in vH von 1990)			Struktur in vH der Erwerbstätigen	
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	1990	1991
	in 1000										
Land- u. Forstwirtschaft	722	337	1059	411	195	606	57	58	57	12	8
Energie und Bergbau	276	99	375	208	64	272	75	65	73	4	4
Energie- und Wasserversorgung	136	53	189	100	32	132	74	60	70	2	2
Bergbau	140	46	186	108	32	140	77	70	75	2	2
Verarbeitendes Gewerbe	1744	1228	2972	1329	869	2198	76	71	74	34	30
Grundstoff- u. Produktionsgüter	499	321	820	468	281	749	94	88	91	9	10
Investitionsgüter	901	528	1429	565	302	867	63	57	61	16	12
Verbrauchsgüter	192	272	464	188	189	377	98	69	81	5	5
Nahrungs- u. Genußmittel	152	107	259	108	97	205	71	91	79	3	3
Baugewerbe	509	111	620	506	99	605	99	89	98	7	8
Tertiärer Sektor	1464	2304	3768	1464	2184	3648	100	95	97	43	50
Handel	203	565	768	261	511	772	129	90	101	9	11
Verkehr	489	273	762	402	194	596	82	71	78	9	8
Private Dienstleistungen, Staat und private Organisationen	772	1466	2238	801	1479	2280	104	101	102	25	31
Private Dienstleistungen	94	201	295	144	271	415	153	135	141	3	6
Kreditinst. u. Versicherungen	4	49	53	30	85	115	(750)	173	217	(0,6)	2
Gastgewerbe	26	67	93	37	75	112	142	112	120	1	2
Übrige Dienstleistungen	64	85	149	77	111	188	120	131	126	2	3
Staat	639	1219	1858	624	1179	1803	98	97	97	21	25
Private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbscharakter	39	46	85	33	29	62	85	63	73	1	1
Nicht zuordenbar	202	143	345	180	150	330	89	105	96	4	5
Insgesamt	4917	4223	9140	4098	3565	7663	83	84	84	100	100

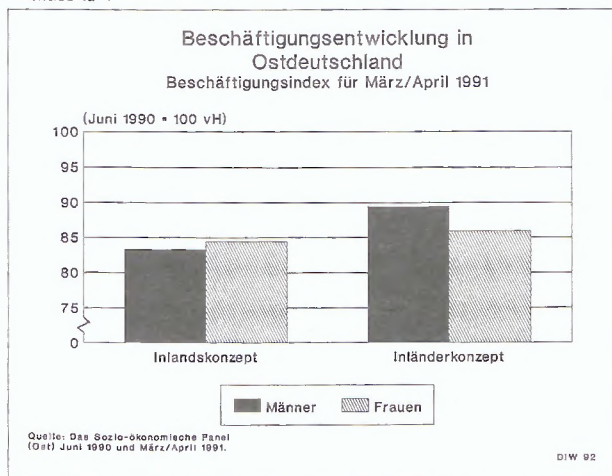
¹⁾ Inlandskonzept.

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost) 1990/91.

Männer die Möglichkeit nutzen (können), als Pendler neue Arbeitsplätze zu finden. Damit entlasten sie zwar den ost-deutschen Arbeitsmarkt, müssen jedoch einen hohen Zeit-aufwand für den Arbeitsweg in Kauf nehmen, der von

Frauen — aufgrund der Mehrfachbelastung durch Familie und Beruf — nicht gleichermaßen aufgebracht werden kann⁵.

Schaubild 1



Analyse der Fluktuation
zwischen den Wirtschaftsbereichen

Das SOEP liefert nicht nur Informationen über die Struktur der Beschäftigten, sondern auch über die Zu- und Abgänge an Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen (vgl. die Tabellen 2 und 3).

Ausgehend von den Daten für 1990 zeigt Tabelle 2, welcher Anteil der Beschäftigten ein knappes Jahr nach der Währungsunion noch im selben Wirtschaftsbereich tätig war, welcher Anteil in andere Wirtschaftsbereiche wechselte, in die Nichterwerbstätigkeit ging oder nach Westdeutschland pendelte. In Tabelle 3 sind die Zugänge an Be-

⁵ Vgl. Scheremet, Wolfgang und Jürgen Schupp, Pendler und Migranten, a.a.O.

Tabelle 2

**Abgänge von Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands¹⁾
von Juni 1990 bis März/April 1991 in vH der 1990 Beschäftigten**

Wirtschaftsbereich	Im gleichen Wirtschaftsbereich	Abgänge		West-Pendler	Nicht zuordenbar
		In andere Wirtschaftsbereiche	In Nichterwerbstätigkeit		
	in vH				
Land- u. Forstwirtschaft	48	21	24	5	2
Energie und Bergbau	62	22	12	2	3
Verarbeitendes Gewerbe	61	15	17	5	2
Baugewerbe	61	17	14	6	2
Handel	58	17	20	4	1
Verkehr	67	15	14	4	1
Dienstleistungen (ohne Staat)	63	16	19	2	0
Staat	72	7	16	3	2
Insgesamt	60	14	17	4	2

¹⁾ Inlandskonzept.

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost) 1990/91.

beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen nach ihrer Herkunft auf Basis der Beschäftigtenzahlen im Jahr 1991 ausgewiesen⁶.

Nicht einmal die Hälfte der 1990 in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten war ein Jahr später noch in diesem Wirtschaftsbereich tätig. Etwa ein Viertel wurde nichterwerbstätig, rund 5 vH pendelten im März/April 1991 in die alten Bundesländer. Die Land- und Forstwirtschaft nahm auch kaum Beschäftigte auf; knapp neun von zehn

der 1991 beschäftigten Personen gehörten auch 1990 schon diesem Wirtschaftsbereich an.

⁶ Bei dieser Betrachtung ist zu berücksichtigen, daß von 1990 auf 1991 zahlreiche Beschäftigungen aufgrund von Klassifikationsproblemen in anderen Wirtschaftsbereichen verortet wurden. So wurden beispielsweise zum Teil Bauarbeiter, die 1990 noch in LPG's tätig waren und sich deshalb der Land- und Forstwirtschaft zuordneten, 1991 im Baugewerbe geführt. Beschäftigungsneuzugänge bedeuten in diesem Fall einen hohen Anteil des Zugangs von Fachkräften.

Tabelle 3

**Herkunft von Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands¹⁾
in der Zeit vom Juni 1990 bis März/April 1991 in vH der 1991 Beschäftigten**

Wirtschaftsbereich	Im gleichen Wirtschaftsbereich	Zugänge		Nicht zuordenbar
		Aus anderen Wirtschaftsbereichen	Aus Nichterwerbstätigkeit	
	in vH			
Land- u. Forstwirtschaft	87	7	4	3
Energie und Bergbau	86	11	2	1
Verarbeitendes Gewerbe	82	13	2	4
Baugewerbe	62	30	5	2
Handel	58	34	6	3
Verkehr	83	12	3	1
Dienstleistungen (ohne Staat)	51	33	13	4
Staat	76	15	7	2
Insgesamt	73	17	5	3

¹⁾ Inlandskonzept.

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel (Ost) 1990/91.

Im Verarbeitenden Gewerbe waren rund 60 vH der Arbeitskräfte auch 1991 noch beschäftigt. Von den anderen wechselten die meisten bis März/April 1991 in die Nichterwerbstätigkeit; gut 5 vH pendelten in die alten Bundesländer. Jeder Siebte hatte bis Frühjahr 1991 einen Arbeitsplatz in einem anderen Wirtschaftsbereich gefunden. Dem standen allerdings auch quantitativ bedeutsame Beschäftigungszuwächse aus anderen Bereichen gegenüber.

Beim Baugewerbe arbeiteten insgesamt 61 vH weiter in ihrem angestammten Wirtschaftsbereich, 14 vH wurden nichterwerbstätig, gut 6 vH pendelten in den Westen. 30 vH seines Beschäftigungsstandes von 1991 nahm das Baugewerbe aus anderen Bereichen auf.

Die insgesamt relativ günstige Entwicklung im Handel ging mit hoher Fluktuation einher: Nur 58 vH der Beschäftigten von 1990 waren auch 1991 in diesem Wirtschaftsbereich erwerbstätig. Durch die Zugänge aus anderen Wirtschaftsbereichen und von Personen, die 1990 noch nicht erwerbstätig waren, wurde insgesamt die Zahl der Beschäftigten gehalten. Diese Ergebnisse spiegeln zum einen die Auflösung alter Strukturen, zum anderen den Aufbau neugegründeter Betriebe bereits ein knappes Jahr nach der Währungsunion wider⁷.

In den expandierenden privaten Dienstleistungen arbeiteten nur 63 vH der 1990 dort Beschäftigten auch zum zweiten Befragungszeitpunkt. Aufgrund der zahlreichen Zugänge machte dieser Personenkreis 1991 nur noch 51 vH der Beschäftigten aus; ein Drittel war inzwischen aus anderen Wirtschaftsbereichen, 13 vH aus der Nichterwerbstätigkeit gekommen.

Durch den bis Frühjahr 1991 nur geringen Abbau von Beschäftigten beim Staat wurden die enormen Umbrüche am Arbeitsmarkt Ostdeutschlands etwas gemildert. Unter den 1991 beim Staat Beschäftigten waren 76 vH schon 1990 hier tätig. Von Bedeutung war der Staat als Arbeitgeber auch für Personen, die aus der Nichterwerbstätigkeit heraus (wieder) eine Beschäftigung aufnahmen. Sie machten 1991 7 vH der Beschäftigten aus.

Für eine detaillierte Analyse der Zu- und Abgänge zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen stößt auch die umfangreiche repräsentative Stichprobe des SOEP an die

Grenzen ihrer Aussagefähigkeit. Lediglich für einige stärker besetzte Wirtschaftsbereiche können Aussagen über aggregierte Veränderungen gemacht werden. So wurden beispielsweise die aus der Land- und Forstwirtschaft in andere Bereiche wechselnden Beschäftigten vor allem vom verarbeitenden Gewerbe und dem Baugewerbe aufgenommen. Ein etwas geringerer Teil wechselte zum Handel und zu öffentlichen Arbeitgebern. Die aus dem verarbeitenden Gewerbe kommenden Personen wurden insbesondere vom Handel und den öffentlichen Arbeitgebern aufgenommen. Ein kleiner Teil wechselte zu den übrigen Dienstleistungen.

Fazit

Die Ergebnisse machen deutlich, daß sich im Zuge der Anpassung der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur einige Wirtschaftsbereiche für freigesetzte Beschäftigte als durchaus aufnahmefähig erwiesen haben. Dies gilt vor allem für die privaten Dienstleistungen, den Handel und das Baugewerbe, also für Wirtschaftsbereiche, in denen der Zusammenbruch alter Strukturen einhergeht mit dem raschen Aufbau neuer Betriebe.

Nichterwerbstätige fanden im Beobachtungszeitraum am ehesten beim Staat einen Arbeitsplatz. Zwar war der Zugang von Beschäftigten, die aus der Nichterwerbstätigkeit kamen, bei den privaten Dienstleistungen prozentual höher, absolut war er jedoch deutlich geringer als beim Staat.

Auch bei der Betrachtung der West-Pendler muß das Gewicht der einzelnen Wirtschaftsbereiche berücksichtigt werden. Die meisten Pendler kamen aus dem verarbeitenden Gewerbe und vom Staat. Auch für Personen aus dem Baugewerbe und für Berufsanfänger spielte diese Beschäftigungsalternative in Westdeutschland und West-Berlin eine wichtige Rolle.

⁷ Vgl.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Vierter Bericht. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51/52 1991, S. 722 f.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 111 **Die Besteuerung der Unternehmensgewinne — Sieben Industrieländer im Vergleich.** Von Bernhard Seidel, Fritz Franzmeyer, Joachim Volz und Dieter Teichmann. 265 S. 1989. DM 86,—.
- Heft 112 **Ost-West-Kooperation — Bestandsaufnahme und Ergebnisse einer Umfrage.** Von Horst Lambrecht, Jochen Bethkenhagen, Karl Betz, Heinrich Machowski und Doris Cornelsen (Projektleitung). 148 S. 1990. DM 52,—.
- Heft 113 **Die Energiewirtschaft in den kleineren Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — Entwicklungstendenzen in den achtziger Jahren.** Von Jochen Bethkenhagen. 257 S. 1990. DM 84,—.
- Heft 114 **Wirkungsanalyse der Novellierung der Herstellerpräferenz (§§ 1 ff Berlin FG) von 1982.** Von Alexander Eickelpasch und Peter Ring. 218 S. 1990. DM 72,—.
- Heft 115 **Wirkungsanalyse der Forschungspersonal-Zuwachsförderung — In Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik (ISI).** Von Kurt Hornschild (Projektleiter), Frieder Meyer-Krahmer (DIW), Gerhard Becher, Gisela Gielow, Uwe Kuntze (ISI). 224 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 116 **Ein dynamisches Input-Output-Modell zur Abschätzung der Auswirkungen ausgewählter neuer Technologien auf die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dietmar Edler. 233 S. 1990. DM 76,—.
- Heft 117 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin.** Von Uwe Müller. 338 S. 1990. DM 94,—.
- Heft 118 **Marktabschottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftliche Entwicklung. — Empirische Untersuchungen am Beispiel der Elektronikindustrie und des Kraftfahrzeugbaus in Brasilien, Indien und Korea.** Von Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 210 S. 1990. DM 74,—.
- Heft 119 **Berechnung der Kosten und der Ausgaben für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1987.** Von Heinz Enderlein und Uwe Kunert. 106 S. 1990. DM 48,—.
- Heft 120 **Künftige Perspektiven des Wohnungsbaus und der Wohnungsbaufinanzierung für das Gebiet der neuen Bundesländer.** Von Bernd Bartholmai und Manfred Melzer. 139 S. 1991. DM 62,—.
- Heft 121 **Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR.** Von Bernd Görzig und Martin Gornig. 104 S. 1991. DM 48,—.
- Heft 122 **Bauwirtschaft im Gebiet der ehemaligen DDR — mögliche Entwicklung der Kostenstruktur im Zuge der Neuordnung nach der Wirtschaftsunion.** Von Bernd Bartholmai, Manfred Melzer und Lutz Uecker. 95 S. 1991. DM 46,—.
- Heft 123 **Zeitreihen des Anlagevermögens in Industriezweigen nach Beschäftigtengrößenklassen.** Von Bernd Görzig. 134 S. 1991. DM 62,—.
- Heft 124 **Die Außenwirtschaftsförderung der wichtigsten Konkurrenzländer Deutschlands — Frankreich, Großbritannien, Japan und USA im Vergleich —.** Von Siegfried Schultz, Joachim Volz und Christian Weise. 198 S. 1991. DM 72,—.
- Heft 125 **Die unternehmerische Standortwahl und Investitionshemmnisse in den neuen Bundesländern. — Fallbeispiele aus sechs Städten —.** Von Klaus-Peter Gaulke und Hans Heuer. 109 S. 1991. DM 84,—.
- Heft 126 **Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Jürgen Boje, Doris Gladisch, Ruth Grunert, Jochen Schmidt und Heinz Vortmann. 200 S. 1992. DM 84,—.
- Heft 127 / I **Der Einfluß der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate auf die Produktions- und Beschäftigungsstruktur — eine quantitative Input-Output-Analyse. — Schwerpunktuntersuchung im Rahmen der Strukturberichterstattung. Band I: Textband.** Von Reiner Stäglin, Dietmar Edler, Joachim Schintke unter Mitarbeit von Renate Filip-Köhn. 317 S. 1992. DM 104,—.
- Heft 127 / II **Der Einfluß der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate auf die Produktions- und Beschäftigungsstruktur — eine quantitative Input-Output-Analyse. — Schwerpunktuntersuchung im Rahmen der Strukturberichterstattung. Band II: Materialband.** Von Reiner Stäglin, Dietmar Edler, Joachim Schintke unter Mitarbeit von Renate Filip-Köhn. 202 S. 1992. DM 84,—.
- Heft 128 **Wettbewerbsfähigkeit im zivilen europäischen Großflugzeugbau.** Von Kurt Hornschild. 149 S. 1992. (Im Druck).

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Kurt Geppert.

Grundlinien der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin 1991/1992. Bearbeitet von Karl Brenke. —

Maastricht: Ausblendung Osteuropas ein Fehler. Bearbeitet von Fritz Franzmeyer. —

Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt in Ostdeutschland. Bearbeitet von Elke Holst und Jürgen Schupp.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —

				Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾															
				Arbeitslose		Offene Stellen		dav.: Hauptgruppen								Inland		Ausland	
								Insgesamt	Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe		Investitions-gütergewerbe		Verbrauchs-gütergewerbe						
in 1000				1985 = 100															
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.		
1990	J	1980		307		117,4		111,2		120,7		117,3		117,4		117,5			
	F	1956	1960	311	310	119,1	118,6	111,5	112,0	123,0	122,2	119,3	118,4	118,5	117,6	119,8	120,2		
	M	1944		313		119,3		113,3		122,8		118,5		116,8		123,4			
	A	1947		317		119,1		112,8		122,9		117,8		119,4		118,7			
	M	1924	1928	320	319	122,0	120,4	112,1	112,1	127,0	124,8	122,5	120,4	125,2	122,3	116,8	117,3		
	J	1914		319		120,1		111,4		124,5		121,0		122,3		116,5			
	J	1907		325		122,6		113,4		126,9		124,6		125,8		117,5			
	A	1870	1868	319	318	125,2	124,9	114,4	115,4	130,5	129,4	126,2	126,5	131,8	129,6	114,3	117,3		
	S	1826		309		127,0		118,5		130,9		128,7		131,3		120,0			
	O	1786		306		129,2		118,7		134,2		130,8		135,6		118,8			
	N	1731	1743	307	308	125,2	125,6	116,0	116,8	128,7	128,5	129,5	130,9	135,1	134,0	109,0	111,8		
	D	1711		311		122,3		115,7		122,6		132,5		131,3		107,6			
1991	J	1661		321		128,0		118,4		132,6		129,6		136,5		114,3			
	F	1670	1664	324	327	123,7	124,9	115,3	115,5	126,4	128,6	129,5	129,2	133,1	134,4	108,6	109,7		
	M	1660		336		123,1		112,8		126,7		128,6		133,5		106,1			
	A	1683		342		120,9		113,7		123,2		125,5		130,3		105,4			
	M	1704	1696	344	344	123,2	122,7	115,1	114,2	126,7	125,8	126,0	127,0	131,5	131,2	109,8	108,7		
	J	1700		347		123,9		113,7		127,6		129,5		131,8		111,0			
	J	1712		343		123,5		115,9		125,6		129,5		129,7		113,3			
	A	1708	1712	342	340	122,4	122,6	114,4	114,2	125,5	125,7	126,5	126,9	128,5	129,1	112,6	112,0		
	S	1717		334		121,9		112,4		126,0		124,8		129,0		110,2			
	O	1709		321		123,0		115,9		126,2		124,8		130,0		111,6			
	N	1677	1684	314	317	123,6	121,9	116,7	115,2	126,4	124,4	126,0	124,9	133,1	129,7	108,0	109,0		
	D	1665		316		119,0		113,0		120,6		123,9		126,1		107,5			
1992	J	1664		330		125,4		118,3		128,1		129,3		133,5		112,3			
	F	1663	1673	345	342	127,2		117,9		131,3		129,7		136,4		111,9			
	M	1693		351															
	A M J J A S O N D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr	Einfuhr							
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe											
			in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾		
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1990	J	7327		115,8		109,8		121,2		119,4		113,0		46,5		41,5	
	F	7345	7343	116,7	116,7	111,6	110,6	121,7	121,9	132,4	125,8	114,7	114,4	45,7	46,1	41,8	41,9
	M	7356		117,5		110,4		122,7		125,6		115,5		46,3		42,5	
	A	7371		115,5		111,3		119,0		121,5		114,7		46,1		44,1	
	M	7384	7383	119,8	117,8	109,8	110,8	125,9	122,4	128,0	122,1	118,7	116,1	45,1	44,3	41,9	43,0
	J	7393		118,1		111,3		122,2		116,9		114,8		41,6		43,1	
	J	7419		119,8		110,1		124,9		125,3		122,6		45,2		44,5	
	A	7434	7428	119,0	120,0	110,6	111,4	122,3	124,0	120,3	122,9	122,6	121,3	45,6	45,2	45,7	45,3
	S	7432		121,3		113,5		124,8		123,2		118,7		44,8		45,7	
	O	7470		122,2		111,9		125,8		127,4		124,2		46,7		45,9	
1991	N	7483	7483	122,4	122,6	113,0	112,6	125,5	126,4	126,1	125,3	123,5	122,5	46,4	45,8	50,9	48,5
	D	7495		123,3		113,0		128,0		122,5		119,9		44,3		48,8	
	J	7524		123,1		113,7		126,5		124,0		127,8		45,9		51,9	
	F	7532	7529	123,2	123,1	111,6	113,1	127,2	126,7	103,5	118,9	125,2	126,6	45,3	45,6	49,9	50,8
	M	7530		122,9		113,9		126,3		129,1		126,7		45,4		50,7	
	A	7537		123,3		112,5		126,9		133,0		128,7		43,7		49,5	
	M	7530	7529	123,7	124,3	113,9	113,8	127,2	128,2	127,2	129,3	126,5	127,4	46,3	44,7	53,4	50,9
	J	7520		126,0		115,0		130,6		127,7		126,9		44,1		49,7	
	J	7525		123,3		112,1		126,8		130,0		130,4		47,4		51,1	
	A	7501	7508	120,7	122,2	110,4	111,8	124,7	125,9	121,6	127,3	121,6	123,8	46,8	46,6	49,1	50,1
1992	S	7500		122,5		112,9		126,3		130,3		119,4		46,1		50,5	
	O	7490		122,6		113,5		126,5		131,0		127,5		46,1		50,3	
	N	7486	7486	123,5	121,8	114,9	112,0	127,7	126,0	131,6	130,2	123,7	123,9	48,4	47,3	51,8	50,8
	D	7482		119,2		107,6		123,7		127,9		120,4		47,5		50,3	
	J			123,5		114,9		126,8		125,6		125,9		45,8		52,3	
	F			125,1		118,6		128,5		141,7				47,3		53,1	
	M																
	M																
	J																
	J																
A																	
S																	
O																	
N																	
D																	

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte und Außenhandel Westdeutschlands — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.